

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

**A. F. Kogler & Co.,** Papierhandlung, Roßmarkt 3, nahe Schlossstrasse.  
 Grosses Auswahl in Filzschreiberfedern bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend.  
 Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.  
 Gegründet 1868. • Fernsprecher 1902.

**Kunzeigen-Zarif.**  
 Annahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr. Sonntags nur Wartensache bis 11 bis 1/2 Uhr. Die einseitige Grabenzeit ist 4 Silben 20 Pf., Familien-Verträge von Dresden 25 Pf.; die einseitige Zeit auf Textseite 20 Pf., die zweiseitige 30 Pf., die vierseitige 40 Pf. In Nummern und Sonntags- und Feiertagen die einseitige Grabenzeit 25 Pf., Familien-Verträge aus Dresden die Grabenzeit 20 Pf. — Zusätzliche Beiträge nach dem gegenwärtigen Tarif.

**Hauptgeschäftsstelle:**  
 Marienstraße 38/40.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.  
 Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**  
 Königl. Sachs. Hoflieferanten  
 Dresden-A., Serrestrasse 5/7  
 gegenüber der Ortskrankenkasse.  
 Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17 426. — Gegr. 1868.

**Lampen : Installation**  
 für alle Lichtarten. für Gas und elektrisch.  
**Glühkörper, Zylinder, Osramlampen**  
 = Petroleum, Gasglühlicht, elektrisch. =

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**  
 Königl. Sachs. Hoflieferanten  
 Dresden-A., Serrestrasse 5/7  
 gegenüber der Ortskrankenkasse.  
 Gegr. 1868. — Fernruf: 3160 und 17 426. — Gegr. 1868.

**Eierlebertran**  
 mit Nährsalzen und Lecithin, aus frischen Eiern und Meyerschem Medizinaltran, ohne schlechten Transgeschmack. Knochen und Gewebe bildend. Hervorragendes Heilmittel für schwache Kinder und Erwachsene bei Drüsen-, Lungen- und Halsleiden, Körperschwäche, Magerkeit, engl. Krankheit usw. Flasche 0,75, 1,50, 2,50 Mk. Patentamtlich geschützt. Vor Nachahmung wird gewarnt! = Alleinverkauf und Versand für das Königreich Sachsen =

**Salomonis-Apotheke,**  
 Dresden-A., Neumarkt 8.

## Für eilige Leser.

**Unmögliche Witterung:** wolkig, mild, zeitweise Regen.  
 Die Vertreter zahlreicher Dresdner Vereine beschlossen eine gemeinsame Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums unseres Kaisers.  
 Die Wirtschaftskommission der Zweiten Kammer für die Vorbereitung der Steuererträge hat ihre Arbeiten so weit gefördert, dass bereits heute die Ansprache mit den Regierungskommissaren stattfinden kann.  
 Die bayerische Kammer der Abgeordneten hat das Gesetz über den Kriegszustand angenommen.  
 Die Nationalliberalen haben mit dem Zentrum für die Stadtverordnetenwahlen in Essen, Gelsenkirchen und Bochum ein Wahlabkommen gegen die Sozialdemokraten abgeschlossen.  
 Die aus Anlaß des Grubenunglücks auf der Zeche „Lohrbrunn“ veranstalteten Sammlungen haben insgesamt 104 021 Mark ergeben.  
 Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh erklärte im Abgeordnetenhause, daß das Prinzip der Erhaltung des Friedens in jedem Falle und um jeden Preis nicht die Grundlage für die Politik einer Großmacht sein könne.  
 Adrianopel ist nach einer Meldung aus Sofia von den Bulgaren eingeschlossen; die Türken haben sich in südlicher Richtung zurückgezogen.  
 Der Großvezir Ghaff Ahmed Wukhtar Pascha demissionierte. Riamil Pascha wurde sein Nachfolger.

Eingriffen von Berlin aus ihr Amt nach bestem, eigenem Wissen und Gewissen zum Wohle ihres Schutzgebietes auszuüben und eine organische Tätigkeit zu entfalten, die nicht Gefahr läuft, jeden Augenblick durch sprunghafte, über ihren Kopf hinweg erfolgende Anordnungen der Zentralstelle gefährdet zu werden.  
 Auf der anderen Seite darf freilich auch die Gefahr, die mit zu weitgehenden Dezentralisationsmaßnahmen verbunden ist, und die in dem drohenden Verlust der steten engen Fühlungnahme mit dem Mutterlande besteht, nicht unterschätzt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus sind insbesondere die Wünsche der kolonialen Anstifter, die auf eine Erweiterung der Selbstverwaltung und des Befehlswortrechtes der Landes- bzw. Gouvernementsräte abzielen, mit Vorsicht zu prüfen. Einsichtige Kolonialfreunde und Kolonisten selbst halten es für erprießlicher, wenn der Versuch gemacht wird, unseren Kolonien im Reichstage eine angemessene Vertretung zu sichern, damit sie auf diesem Wege in die Lage versetzt werden, ihre Wünsche, Beschwerden und Forderungen unmittelbar vor der deutschen Volksvertretung zu Gehör zu bringen. Dadurch würde der Nachteil einer Entfremdung vom Mutterlande, der mit einer zu starken Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechtes verbunden ist, vermieden und eine ständige lebendige Wechselwirkung zwischen dem Reiche und den Kolonien hergestellt werden. Ein ehe-

maliger preussischer Regierungsrat hat hierzu den wohl beachtlichen Vorschlag gemacht, daß jeder Kolonie ein dauernder Parlamentsvertreter gewählt werden solle, der an den Berliner Reichstagsverhandlungen teilnimmt und während der Parlamentsferien sich wieder in die Kolonie zurückbegeben, um dort mit seinen Wählern Fühlung zu nehmen. Das Zentrum hat diesen Gedanken aufgenommen und sich durch den in solchen Fällen gewöhnlich in erster Linie vorgeschickten Herrn Graberger dafür ausgesprochen, daß in die Novelle zum Schutzgebietsgesetz, die in der nächsten Reichstagsession zu erwarten steht, eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach jede unserer Kolonien das Recht erhält, einen Vertreter als Beauftragten der weißen Bevölkerung nach Berlin zu den Verhandlungen des Reichstages zu entsenden. Wenn sich, wie wohl erwartet werden darf, auch die beiden großen nationalen Parteien für diese Neuerung erklären, so hat sie die beste Aussicht auf Verwirklichung, da von Seiten des Reichskolonialamtes kein grundsätzlicher Widerstand zu erwarten ist. Eine solche parlamentarische Reichskolonialvertretung könnte nur dazu beitragen, Herrn Dr. Solf auf den mancherlei Gebieten, die noch seiner reformierenden Hand harren — Eingeborenen- und Diamantenfrage, Kubanfrage, unserer neuen Kongobesitzes, Verteidigung unserer Kolonien im Kriegsfall —, seine Arbeit zu erleichtern.

## Der Krieg auf dem Balkan. Graf Stürgkh. — Der neue Statusquo.

**Die neue Aera im Reichskolonialamte,**  
 die mit dem Einzuge Dr. Sols angehoben hat, macht erfreuliche Fortschritte und hat eine weitere beifallswürdige Maßregel gezeitigt, die sich an den Erlaß gegen das Mißbehandeln in Samoa anreißt. Unsere samoanische Kolonie, die unter 400 weißen Ansehlichen 281 Deutsche, 117 Briten, 37 Amerikaner und sonst vereinzelte Angehörige anderer Nationalitäten zählt, trankte bisher, außer an dem namentlich beteiligten Mißbehandeln, an einer starken „Berengänderung“, die so weit ging, daß sogar im Gouvernementsrat nur solche Elemente sitzen durften, die der englischen Sprache mächtig waren, und daß dort die Verhandlungen teilweise englisch geführt wurden. Herr Dr. Solf hat nunmehr eine Verfügung erlassen, wonach künftig die deutsche Sprache für die Befähigung zur Mitgliedschaft des Gouvernementsrats den Ausschlag gibt; danach können fortan Briten nur unter der Bedingung in den Gouvernementsrat gelangen, daß sie die deutsche Sprache genügend beherrschen. Das ist nicht mehr als recht und billig; denn ebensowenig, wie beispielsweise in Australien und Südafrika deutsche Parlamentariermitglieder der genauen Kenntnis des Englischen entbehren können, ist es in einer deutschen Kolonie statthaft, daß Briten über des Landes Wohl mitberaten, ohne des Deutschen mächtig zu sein. Eine fernere Neuordnung Dr. Sols besteht darin, daß er die Stellung des Gouverneurs in unserer samoanischen Kolonie mit größerer Selbstständigkeit ausgestattet hat. Der neue Kolonialamtssekretär hat es am eigenen Leibe erfahren, wie schädlich es für die gedeihliche Entwicklung einer Kolonie ist, wenn der Gouverneur weder Fisch noch Fleisch ist, wenn er wegen jeder Kleinigkeit sich an die Zentralbehörde wenden muß und der Befugnis zum sofortigen Eingreifen aus eigener Machtvollkommenheit so gut wie ganz entbehrt. In dem Konflikt zwischen Reichskolonialamt und Gouverneur, der Herrn v. Schudmann zur Preisgabe seiner Stellung in Südwestafrika zwang, weil er die nach seiner Überzeugung den Interessen des Schutzgebietes abträgliche Politik der Berliner Zentralstelle nicht mehr vertreten zu können glaubte, haben wir ein warnendes Beispiel, wofür eine zu starke Zentralisation auf kolonialen Gebieten unter Umständen führen kann. In dieser Hinsicht müssen wir uns das Vorbild der Briten als alterer erfahrener Kolonialpolitiker zum Muster nehmen, und wenn Herr Dr. Solf damit bei Samoa den Anfang gemacht hat, so bleibt nur zu wünschen, daß er dabei nicht stehen bleibt, sondern die Stellung der Gouverneure überhaupt, soweit als nötig, mit Hilfe besonderer gesetzlicher Bestimmungen, mit selbständigen Vollmachten umkleidet, damit sie in der Lage sind, ohne Furcht vor diktatorischen

Das grundsätzlich bedeutungsvolle Ereignis, das heute zu verzeichnen ist, bilden die Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Wiener Abgeordnetenhause mit ihrer klaren und unmissverständigen Festhaltung, daß von einer Friedenspolitik sans phrase, die auf keinen Fall das Schwert aus der Scheide zu ziehen gewillt ist, bei einer auf den Schutz ihrer berechtigten Interessen und auf die Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit bedachten Großmacht keine Rede sein kann. Das ist eine notwendige Unterfütterung der in ähnlichem Sinne gehaltenen Auslassungen, die bereits Graf Berchtold getan hat. Der österreichischen Regierung kann und wird niemals auf keinen Fall ein unveräußerliches Interesse am dem Balkan, die in der Freibehaltung des Weges nach Saloniki gipfelt, verzeihen: das ist der Kern der Ausführungen sowohl des Grafen Stürgkh wie des Grafen Berchtold, und damit ist auch in ganz bestimmter Form die Richtlinie vorzeichnet, welche die Grenz des Friedenswillens der habsburgischen Monarchie anzeigt. Wenn Rußland die legitimen Interessen Österreichs auf der westlichen Balkanhälfte achtet und sich selbst mit der Einklinkung auf den östlichen Teil begnügt, so wäre der heute noch so gefährliche Gegensatz zwischen diesen beiden Hauptmächten im nahen Orient in einer für beide Teile durchaus befriedigenden Weise gelöst, und die Zukunft erdichte in weit ruhigerem Lichte. Mit um so größerer Spannung wird man allgemein das Verhalten Rußlands gegenüber der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Balkan verfolgen.

**Graf Stürgkh über die internationale Lage.**  
 Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Staatsvoranschlags im österreichischen Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident Graf Stürgkh in Beantwortung der an ihn gerichteten Interpellationen über die kriegerischen Ereignisse auf dem Balkanhalbinsel und deren Rückwirkung auf die allgemeine internationale Lage:  
 Ich erlaube mir, zunächst auf die während der eben verflochtenen Tagung der Delegationen von berufenster Stelle abgegebenen Erklärungen Bezug zu nehmen, wonach der Charakter unserer auswärtigen Politik in Uebereinstimmung mit den von uns Jahrzehnte hindurch unentwegt festgehaltenen Traditionen auch gegenwärtig ein durchaus friedlicher ist. (Beifall.) Die österreichisch-ungarische Monarchie hat diese ihre friedlichen Tendenzen bestätigt, als es galt, den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen auf dem Balkan hinauszuhalten. Angefaßt der durch die Eröffnung der Feindseligkeiten geschaffenen Situation wird die Lösung unserer auswärtigen Angelegenheiten im engen Verein mit unseren Verbündeten und im freien Einvernehmen mit allen übrigen Mächten bemerkt sein, im geeigneten Zeitpunkt an einer baldigen Beseitigung des Konfliktes mitzuwirken. (Beifall.) Die Ergebnisse des bisher erfolglosen Gedanken-austausches berechtigen zu der Hoffnung, daß diese Bemühungen von Erfolge begleitet sein werden, und daß es gelingen wird, der Monarchie die Zeugnisse des Friedens auch weiterhin zu erhalten. In Bezug auf die in der Interpellation Vermerksörter und Genossen vorgeschlagenen weitergehenden Wünsche betreffend die Einwirkung auf die kaiserliche und königliche Regierung wegen Erhaltung des Friedens in jedem Falle kann ich beloven, daß unser Auswärtiges Amt gewiß feinerlei aggressive Ziele verfolgt. Ich muß jedoch beifügen, und dies Bemerkung ist natürlich ganz allgemein und ohne Rücksicht auf eine gegebene Situation, daß das Prinzip der Erhaltung des Friedens in jedem Falle und um jeden Preis nicht die Grundlage der Politik einer, wenn auch mit noch so friedlichen Intentionen geleiteten, jedoch in legitimer Weise auf den Schutz ihrer berechtigten Interessen bedachten europäischen Großmacht bilden kann. Was insbesondere die in der Interpellation Nennung und Genossen erwähnten Gerüchte über angebliche Mobilisierungsmassnahmen im Anlande betrifft, so bin ich nach erfolgtem Einvernehmen mit den kompetenten militärischen Stellen in der Lage, auf das Bestimmteste zu erklären, daß bisher nicht einmal eine Verärgerung des Friedensstandes unserer Truppen verfügt, geschweige denn eine darüber hinaus gehende, den Charakter einer Mobilisierung tragende Maßnahme getroffen worden ist.

Ungefähr gleichzeitig mit der Kundgebung des Grafen Stürgkh hat ein Wiener Offiziosus den Versuch gemacht, die europäische Diplomatie in Sachen des Statusquo herauszufordern, indem er den Vertrag anders formuliert, nämlich dahin, daß „der ungehörte Fortbestand der europäischen großmächtlchen Interessen auf dem Balkan“ damit gemeint sei. Demgegenüber muß doch zur Steiner der Wahrheit festgehalten werden, daß bisher die Auslegung des Begriffes „Statusquo“ ganz allgemein auf die Erhaltung des territorialen Bestandes der Türkei bezogen worden ist. Wenn das nun fortan anders gehalten werden soll, weil die veränderten Verhältnisse in die alte Formel sich nicht mehr hineinpasse lassen, so kann man ja damit einverstanden sein und sich zu der Ansicht bekennen, daß künftig der Statusquo die Bedeutung haben soll: „Die Interessen der Großmächte auf dem Balkan dürfen durch feinerlei territoriale Veränderungen eine Einbuße erleiden.“ Trotzdem bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die internationale Diplomatie mit dem alten Statusquo nicht gemacht hat. Hoffentlich geht's mit dem neuen Statusquo besser!

**Die Mächte und der Statusquo.**  
 In Mitteilungen, die das „Neue Wiener Tageblatt“ von hervorragender Seite erhält, heißt es über die fernere Haltung der Großmächte in der Balkanfrage: Welche Rolle den Großmächten anlässlich des Balkankrieges zufallen wird, das ist jetzt natürlich noch in Frage gestellt. Der Standpunkt, den die Großmächte vertreten werden, ist aber schon ziemlich feststehend. Sie werden gewiß für die Aufrechterhaltung des Statusquo